

Ressort: Vermischtes

NSU-Mordserie: Polizeigewerkschaft macht Politik für Desaster mitverantwortlich

Berlin, 22.08.2013, 12:33 Uhr

GDN - Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hat überzogene Kritik aus der Politik an den Aufklärungsspannen bei der NSU-Mordserie scharf zurückgewiesen und die Politik für das Desaster mitverantwortlich gemacht. "Es ist schon ein merkwürdiges Stück Parlamentsgeschichte, wenn sich Abgeordnete zu einem Tribunal über die Sicherheitsbehörden zusammenfinden und sich über Zustände in denjenigen Behörden empören, die sie zuvor als Mitglieder der Kontrollgremien des Parlaments kontrollieren sollten", sagte Wendt "Handelsblatt-Online".

Zwar habe es unzweifelhaft im Zuge der NSU-Aufklärung Fehler und Versäumnisse in einzelnen Behörden und bei einzelnen Beschäftigten gegeben. "Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die Parlamentarier in den Kontrollgremien sich nicht mit Ruhm bekleckert haben." Wendt forderte vor diesem Hintergrund von allen Seiten "mehr Demut und weniger nachträgliche Besserwisserei". Immerhin werde die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz maßgeblich von der Politik bestimmt. Gesetzliche Aufgabenzuweisung, Verbote der Zusammenarbeit, politische Behördenleitung, gesetzliche Ausführungsvorschriften, Haushalt, Personal – alles werde von der Politik gestaltet, gab der Polizeigewerkschafter zu bedenken. "Jetzt so zu tun, als wären allein Sachbearbeiter und Ermittler für das Desaster verantwortlich, ist überzogen und ungerecht." Umso wichtiger sei es, dass nicht nur die Sicherheitsbehörden die notwendigen Konsequenzen ziehen, sondern nun auch Reformen der parlamentarischen Kontrolle angepackt werden, sagte Wendt weiter. "Ein Geheimdienstbeauftragter, der mit ausreichendem Personal, Kompetenzen und Technik ausgestattet ist, ist der richtige Weg." Die parlamentarische Kontrolle brauche nicht nur Kontrollgremien, sondern auch Kontrolleure. "Der neu gewählte Deutsche Bundestag sollte dies als ersten Arbeitsauftrag auf die Agenda setzen, denn eine solche Tragödie darf sich nicht wiederholen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-20179/nsu-mordserie-polizeigewerkschaft-macht-politik-fuer-desaster-mitverantwortlich.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619